



Personen-Suchergebnisse: Max von Baden Prinz Reichskanzler

27. August 1918 – Max von Baden und seine programmatischen Vorstellungen

Karlsruhe - Lille * In einem privaten Brief an Kronprinz Rupprecht von Bayern legt Prinz Max von Baden sein politisches Motiv für eine eventuelle Kanzlerkandidatur offen. Er will die Demokratisierung des Reiches verhindern und fürchtet am meisten den Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger, der - unterstützt durch die Reichstagsmehrheit - dem Kanzler „neue Majoritätsfesseln“ anlegen möchte. Um dies zu verhindern will der Prinz die politische Mehrheit im Reichstag „wieder in ihre wohlverdiente Ohnmacht zurück treiben“.

30. August 1918 – Prinz Max von Baden will das Vaterland retten

Karlsruhe - Berlin * Prinz Max von Baden bringt in einem Brief an Kaiser Wilhelm II. zum Ausdruck, dass er „in eine die Reichsleitung bestimmende Stellung“ gebracht werden möchte, um aus dieser Position heraus „das Vaterland zu retten“.

15. September 1918 – Prinz Max von Baden für eine autonome Staatspolitik

Karlsruhe - Lille * Prinz Max von Baden informiert Kronprinz Rupprecht, dass er für eine autonome Staatspolitik eintritt, deren Initiative mehr denn je dem freien Entschluss des Fürsten zufällt. Denn: „Wir stehen unmittelbar vor dem parlamentarischen Staatsstreich“.

29. September 1918 – Max von Baden wird als künftiger Reichskanzler vorgeschlagen

Spa * Graf Siegfried von Roedern schlägt dem Kaiser Prinz Max von Baden als künftigen Reichskanzler vor. Wilhelm II. findet dagegen „seinen Vetter als einen Mann von weichem, schwankendem Charakter [...], der weder militärisch noch sonst im Leben etwas geleistet“ habe.

1. Oktober 1918 – Die OHL setzt Max von Baden als Reichskanzler durch

Spa - Berlin - Karlsruhe * Die Oberste Heeresleitung - OHL übernimmt wieder einmal die politische Führung und setzt bei Kaiser Wilhelm II. - der dagegen „schärfsten Widerspruch“



einlegt - Prinz Max von Baden als Kanzlerkandidat der Krone durch. Umgehend wird der Marschbefehl für den badischen Monarchen zur sofortigen Reise nach Berlin erstellt. Vorsorglich reist Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gleich mit.

1. Oktober 1918 – Der künftige Reichskanzler trifft in Berlin ein

Berlin * Bereits am Nachmittag trifft der designierte Reichskanzler Max von Baden in Berlin ein, wo ihm Kaiser Wilhelm II. erklärt, was er von ihm erwartet.

2. Oktober 1918 – Die MSPD-Spitze ist von Max von Baden begeistert

Berlin * Der MSPD-Vorsitzende Friedrich Ebert berichtet dem Fraktionsvorstand über sein erstes Treffen mit Prinz Max von Baden. Er verspricht sich von dem Kanzlerkandidaten viel für die sozialdemokratische Sache. Auch Philipp Scheidemann bezeichnet den designierten Kanzler als „sehr weit entgegen kommend“, insbesondere was die „entschiedene Demokratisierung“ des Reiches anbelangt. Philipp Scheidemann soll als Minister ohne Portefeuille in das neu zu bildende Kabinett Max von Baden aufgenommen werden.

3. Oktober 1918 – Die Rechte der Einzelstaaten sollen garantiert werden

Berlin * Der Bundesrat tagt. Auf der Versammlung der fürstlichen Bevollmächtigten wird den verbündeten Regierungen erstmals reiner Wein über die politische und militärische Lage eingeschenkt. Die Anwesenden sind zwar über die „schrecklichen“ Tatsachen entsetzt. Aktiv in die Reichspolitik wollen sie sich aber nicht einbringen. Allerdings sollen die Rechte der Einzelstaaten vom Reichskanzler Max von Baden garantiert werden.

3. Oktober 1918 – Friedrich Ebert will in die Regierung - Philipp Scheidemann nicht

Berlin * Philipp Scheidemann, der Außenpolitische Sprecher der SPD im Reichstag und zweiter Mann in der SPD-Reichstagsfraktion plädiert gegen den Eintritt in ein „bankrotttes Unternehmen“.

Friedrich Ebert argumentiert in der Fraktionssitzung für die Beteiligung an der Regierung. Denn die Partei darf sich nicht dem Vorwurf aussetzen, dass sie in einem Augenblick ihre Mitwirkung versagt hat, in dem man sie dringend von allen Seiten darum bat. „Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen“. Friedrich Ebert wird sich mit dieser Argumentation durchsetzen. Damit



kann eine parlamentarisch verantwortliche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden gebildet werden. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten, den Liberalen und dem Zentrum verfügt der Reichskanzler über eine solide parlamentarische Mehrheit.

3. Oktober 1918 – Die erste deutsche Friedensnote an die US-Regierung

Berlin - Washington * Die neue Regierung unter Reichskanzler Max von Baden unterbreitet dem US-Präsidenten Woodrow Wilson umgehend Vorschläge für einen sofortigen Waffenstillstand. Diese erste deutsche Friedensnote wird der US-Regierung über Schweizer Kanäle zugeleitet. Die Verhandlungen sollen auf der Basis der Friedensbedingungen aus Wilsons 14-Punkte-Programm vom 8. Januar 1918 geführt werden.

3. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. ernennt Prinz Max von Baden zum Reichskanzler

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ernennt Prinz Max von Baden, zum Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs. Dieser nimmt Staatssekretäre des Zentrums, der Liberalen und der Sozialdemokraten in seine Regierung auf.

4. Oktober 1918 – Die Deutsche Zeitung kämpft gegen den Reichskanzler

Berlin * Die Deutsche Zeitung beschreibt Prinz Max von Baden als sich doch „offen als Vertrauensmann des sozialistisch-freisinnig-zentrümlichen Volksteils“ zu bekennen. Und weiter: „Wir fragen die deutschen Bundesfürsten, mit deren Rechten eine wildgewordene Reichstagsmehrheit heute Fangball spielt, ob sie diese Entwürdigung ihres hohen Berufes ruhig hinnehmen können?“

4. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland aufhalten soll. Die meisten Staatssekretäre aus der Regierung Hertling bleiben im Amt. Aus den Reihen der Reichstagsmehrheit übernimmt der Zentrums-Abgeordnete Karl Trimborn das Reichsamt des Inneren, der MSPD-Abgeordnete Gustav Bauer übernimmt das Reichsarbeitsamt. Vier weitere Parteienvertreter (Philipp Scheidemann, MSPD; Matthias Erzberger, Zentrum; Adolf Gröber, Zentrum, und Conrad



Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP) werden zu Staatssekretären ohne Portefeuille. Dem 16-köpfigen Kabinett Baden gehören neun Parteilose, zwei Fortschrittliche Liberale, ein Nationalliberaler, drei Zentrums-Abgeordnete und zwei Vertreter der größten Reichstagsfraktion, den Sozialdemokraten, an. Die halbherzige Zusammenstellung der neuen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden ist gewiss kein Systemwechsel und Neuanfang. Sie beteiligt halt zusätzlich ein paar Parteienvertreter, die das Image der Reichsregierung aufpolieren sollen.

5. Oktober 1918 – Der Krieg ist verloren - jedes weitere Opfer ist vergeblich

Deutsches Reich - Berlin * Durch Zeitungsartikel erfährt die deutsche Öffentlichkeit, dass es eine neue Regierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei gibt. Auch, dass diese Regierung als erste Amtshandlung ein Waffenstillstandsgesuch an den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson geschickt hat. Damit herrscht im Volk Gewissheit, dass der Krieg verloren und jedes weitere Opfer vergeblich ist. Was verschleiert wird ist das Versagen der Obersten Heeresleitung - OHL, die das Deutsche Reich mit seiner Kriegspolitik ins Verderben geführt hat, jetzt aber nicht mehr als Verantwortlicher und Hauptakteur, sondern als Zuschauer erscheint.

5. Oktober 1918 – Der Reichskanzler sichert den Einzelstaaten ihre Rechte zu

Berlin * Reichskanzler Max von Baden sichert den Bevollmächtigten der Bundesfürsten die Rechte der Einzelstaaten zu, indem er sich als den berufenen Garanten für die Wahrung der Bundesstaatlichkeit des Reiches bezeichnet.

5. Oktober 1918 – Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung

Rosenheim * Der Rosenheimer Anzeiger bringt unter der Überschrift „Dem Frieden entgegen - Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung“ ein Extra-Blatt zur Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden im Reichstag heraus: „Im Verlauf seiner vielfach vom Beifall der Linken und des Zentrums unterbrochenen Reichstagsrede erstattete Reichskanzler Prinz Max von Baden unter lebhafter Spannung des Hauses folgende Mitteilung: „Dank des unvergleichlichen Heldentums unseres Heeres ist die Front im Westen ungebrochen. Dieses stolze Bewusstsein lässt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Gerade deshalb ist es aber auch unsere Pflicht, Gewissheit darüber herbeiführen, ob das opfervolle, blutige Ringen nicht



einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluss des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reiche und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober 1918 durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten'. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch noch in seiner New-Yorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. (Am Schluss der Rede des Reichskanzlers ertönte wiederholter Beifall).“

5. Oktober 1918 – Die neue Regierung unterbreitet Vorschläge für einen Waffenstillstand

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt in seiner Jungfernrede im Reichstag den Inhalt seiner Friedensnote bekannt, in der er im Namen der deutschen Regierung den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, um die Vermittlung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen bittet. Er spricht aber nicht nur über deutsche Friedensangebote, sondern gibt auch zu bedenken, dass es nur dann zu einem Friedensschluss kommen kann, wenn man Deutschland Friedensbedingungen zugesteht, die sich auch mit seiner Ehre vertragen. Sollten die Feinde des Reiches aber Deutschland diesen Frieden nicht zugestehen, wird der Krieg weitergehen. Er unterstreicht die These mit der Aussage, dass das Deutsche Reich - wenn nötig - zu einem „Endkampf auf Leben und Tod“ bereit ist. „Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, dass dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, dass die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.“ In dieser Antrittsrede bekennt sich Reichskanzler Max von Baden aber auch ausdrücklich zur parlamentarischen Demokratie im Reich und in den Einzelstaaten, befürwortet die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 und nimmt das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vorbehaltlos an. Diese Aussagen stehen allerdings seinem ursprünglichen politischen Programm vollkommen entgegen.

6. Oktober 1918 – Die Kaiserkrone im Volk verankern

Berlin * Reichskanzler Max von Baden erklärt im Kabinett: „Wir müssen alles tun, um die Krone



im Volk zu verankern.”

6. Oktober 1918 – Deutschland ist sowohl friedensbereit als auch kampfentschlossen

Berlin * Das Berliner Tageblatt, die auflagenstärkste Tageszeitung im Deutschen Kaiserreich mit linksliberaler Ausrichtung, stellt unter der Überschrift „Des Kanzlers Friedensschritt“ fest, dass die Rede des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag signalisiere, Deutschland ist sowohl „friedensbereit“ als auch „kampfentschlossen“.

6. Oktober 1918 – Neue Pläne zur Fortführung des Krieges

Berlin * Die Aussage des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag lädt die nicht gerade geringe Zahl der Gegner eines Friedens à la Woodrow Wilson ein, neue Pläne zur Fortführung des Krieges zu schmieden. Mit seiner Feststellung, entweder einen ehrenhaften, für Deutschland annehmbaren Frieden oder den Endkampf auf Leben und Tod, schürt er auch die Hoffnung bei Bewohnern von Danzig, die dem Deutschen Reich verloren gehen könnten, wenn Wilsons Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Tat umgesetzt werden würde.

7. Oktober 1918 – Die Abdankung des Kaisers keinesfalls zulassen

Berlin * Kabinettschef Friedrich von Berg erklärt Reichskanzler Max von Baden im Garten der Reichskanzlei, er dürfe „unter keinen Umständen über die Abdankung des Kaisers auch nur mit sich reden lassen“.

7. Oktober 1918 – Die Briefaffäre des Reichskanzlers Max von Baden

Berlin * Durch eine gezielte Indiskretion wird ein Privatbrief des Prinzen Max von Baden von Anfang Oktober 1918 bekannt, in dem er die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 als eine „Dummheit“ und „Gemeinheit“ bezeichnet und das Konzept einer Parlamentarisierung und Demokratisierung des politischen Systems verunglimpft. Der Inhalt des Briefes entlarvt seine Reichstagsrede vom 5. Oktober als Heuchelei. Durch die Briefaffäre ist der Reichskanzler angezählt.

8. Oktober 1918 – Die MSPD lässt den Reichskanzler nicht fallen



Berlin * Der MSPD-Vorsitzende Friedrich Ebert hat in der „Briefaffäre“ des Reichskanzlers Max von Baden erkannt: „Wenn die Arbeiter von dem Brief Kenntnis erhalten, so verliert die Regierung ihren ganzen Einfluss.“ Dennoch wird der Reichskanzler von der MSPD gehalten. Dankbar stellt dieser fest, „dass ich in den Sozialdemokraten Männer auf meiner Seite habe, auf deren Loyalität ich mich vollkommen verlassen kann.“

8. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson stellt erste Bedingungen

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson antwortet auf das erste Waffenstillstandsersuchen der deutschen Regierung. Nur zögernd und misstrauisch übermittelt er seine Vorbedingungen. In seiner ersten Note fordert er den deutschen Rückzug aus den besetzten Gebieten. Weitere Forderungen werden folgen. Er wirft aber auch die Frage auf, „ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben“.

11. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. will wieder mitregieren

Berlin * Kaiser Wilhelm II. will wieder mitregieren. Vom 11. bis 13. Oktober erscheint er täglich in der Reichskanzlei zur Unterredung mit Reichskanzler Max von Baden.

12. Oktober 1918 – Im Zustande einer latenten Revolution

Berlin * Ministerpräsident Otto von Dandl trifft sich mit seinen Kollegen aus Sachsen, Württemberg, Baden und Mecklenburg in Berlin zu einem Gedankenaustausch. Die Anwesenden betrachten die politische Entwicklung „mit großer Sorge“. Man befinde sich sogar schon „im Zustande einer ‚latenten Revolution‘“. Es gibt Staatsstreichgelüste auf der extremen Rechten, als „noch gefährlicher“ wird eingeschätzt, dass die Unabhängige Sozialdemokratische Partei - USPD zurzeit „außerordentliche Fortschritte“ macht. Die anwesenden Ministerpräsidenten erwarten allerdings die Lösung der Probleme nicht vom eigentlich zuständigen Reichskanzler Max von Baden, sondern setzen ihre Hoffnungen auf die Führer der Mehrheitssozialdemokratie.

12. Oktober 1918 – Die deutsche Reichsregierung will Wilsons Forderungen nachkommen



Berlin - Washington * Die deutsche Reichsregierung erklärt sich in ihrer Antwort auf das amerikanische Schreiben bereit, die 14 Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilson anzunehmen. Darunter befindet sich auch die Räumung der besetzten Gebiete. Besonders stellt die neue amtierende Regierung heraus, dass sie „durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags“ gebildet worden ist. „In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“

13. Oktober 1918 – Der Mann kann getrieben werden

Berlin * Auf der gemeinsamen Sitzung des Partei- und Fraktionsvorstands der MSPD stellt Otto Braun in Hinblick auf die „Briefaffäre“ des Reichskanzlers Max von Baden fest: „Nachdem der Mann uns diese Schwäche gezeigt hat, stärkt er unsere Position. Der Mann kann getrieben werden.“

14. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson fordert die Einstellung des U-Boot-Krieges

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson fordert auf das deutsche Waffenstillstandersuchen in seiner zweiten Note unter anderem die Einstellung des U-Boot-Krieges, nachdem am 11. Oktober in der Bucht von Dublin ein Passagierschiff von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist. 450 Menschen kamen dabei ums Leben, darunter 135 Frauen und Kinder.

16. Oktober 1918 – Der Reichsgesundheitsrat tritt erneut zusammen

Berlin * Auf Initiative des selbst erkrankten Reichskanzlers Max von Baden tritt der Reichsgesundheitsrat erneut zusammen. Den mehrstündigen Beratungen folgen aber keine konkreten Vorschläge. Die zweite, jetzt häufig von Lungenentzündungen begleitete Variante der Spanischen Grippe ist seit Oktober aufgetreten und liefert in ihren Auswirkungen Anlass zur Besorgnis.

19. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. könnte nie fahnenflüchtig werden

Berlin * Bei einer Unterredung zwischen Reichskanzler Max von Baden und Kaiser Wilhelm II.



äußert dieser, „dass er nie daran denken könne, fahnenflüchtig zu werden. Er wisse auch, dass wenn für ihn als Kaiser und König von Preußen Gefahr drohe, sein Volk und seine Armee sich um ihn scharen würden“. Der mit anwesende bayerische Gesandte am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, bringt den Mut auf und weist den König darauf hin, „dass es noch andere Elemente im Reich“ gibt.

20. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden will die Dynastie retten

Berlin * Reichskanzler Max von Baden: „Nur deshalb bin ich Reichskanzler geworden, um die Dynastie zu retten. Ich sehe deshalb auch meine vornehmste Aufgabe darin, die Abdankung des Kaisers zu verhindern.“

20. Oktober 1918 – Passagierschiffe werden nicht mehr durch deutsche U-Boote torpediert

Berlin - Washington * Reichskanzler Prinz Max von Baden stimmt in einer versöhnlich gestimmten Note den amerikanischen Forderungen zu. Die von Woodrow Wilson geforderte Einstellung des U-Boot-Krieges wird von der Reichsregierung befohlen. Die deutsche Regierung sichert dem US-Präsidenten Wilson zu, dass Passagierschiffe durch deutsche U-Boote nicht mehr torpediert werden.

22. Oktober 1918 – Der Reichstag tritt für Verfassungsänderungen zusammen

Berlin * Der Reichstag tritt erstmals nach der Antrittsrede des neuen Reichskanzlers Max von Baden wieder zusammen. Er soll die notwendigen Verfassungsänderungen beschließen, die das Deutsche Reich zu einer parlamentarischen Monarchie machen.

23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits



vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA positiver gestalten würden.

25. Oktober 1918 – Die Worte Kaiserfrage und Revolution beschäftigen das Volk

Deutsches Reich * Spätestens seit der dritten Note des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober sind die Worte „Kaiserfrage“ und „Revolution“ in aller Munde. Viele Männer in verantwortlichen Positionen, einschließlich des Reichskanzlers Max von Baden und des Vorsitzenden der MSPD-Reichstagsfraktion Friedrich Ebert, sehen in dem Thronverzicht des Kaisers das einzige Mittel zur „Rettung der Monarchie“. Vizekanzler Friedrich von Payer berichtet: „Die allerwildesten Kaiserstürzler sind die rechts stehenden Leute. Die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, ja bis hoch in die Offizierskreise hinein kann man mit einer erstaunlichen Offenheit sagen hören: Der Kaiser muss sofort zurücktreten. [...] Je länger die Hetze fortdauert, desto stärker wird die Forderung hervortreten, dass man überhaupt keine Monarchie mehr brauchte, sondern eine Republik errichten sollte.“

26. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. kontert Ernst Ludendorffs Rücktrittsdrohung

Berlin * Kaiser Wilhelm II. entlässt den Generalquartiermeister Ernst Ludendorff im Schloss Bellevue nach dessen Rücktrittsdrohung mit den Worten: „Na, wenn Sie durchaus gehen wollen, dann meinetwegen“. Dies geschieht auch aufgrund seiner Verärgerung über Ludendorffs politisches Manöver gegen den Reichskanzler Max von Baden und seinem eigenmächtigen Armeebefehl vom 24. Oktober. Das Rücktrittsgesuch des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg ignoriert Kaiser Wilhelm II. und bittet ihn sogar in der Obersten Heeresleitung - OHL im Amt zu bleiben. Sein Rückhalt in der Bevölkerung ist noch so groß, dass man seine Entlassung fürchtet. Hindenburg entspricht dem Wunsch des Kaisers und lässt Ernst Ludendorff fallen wie die berühmte heiße Kartoffel. Der geschasste Generalquartiermeister fühlt sich derart verletzt und hintergangen, dass er sich sogar weigert, gemeinsam mit Hindenburg im Auto nach Spa zu fahren. Mit dem Rausschmiss Ludendorffs will der Kaiser aber auch gegenüber den USA glaubhaft machen, dass im Deutschen Reich neue Männer das Ruder übernommen haben.



27. Oktober 1918 – Die deutsche Reichsregierung ist für einen Waffenstillstand bereit

Berlin * Die deutsche Reichsregierung steht in einem Schreiben an den US-Präsidenten Woodrow Wilson für einen Waffenstillstand bereit.

28. Oktober 1918 – Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung unterzeichnet

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet den Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung, der am 4. November veröffentlicht wird. Damit tritt die Änderung der Verfassung von 1871 in Kraft. Die wesentlichste Bestimmung lautet: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags“. Damit ist das Deutsche Reich eine Parlamentarische Monarchie. Außerdem sagt der Kaiser seine loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung und der von dieser gestellten Regierung an. Auf Rücktrittsforderungen geht er mit keinem Wort ein.

30. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden will jetzt auch, dass der Kaiser abdankt

Berlin * Auch Reichskanzler Max von Baden hält nun endlich die Abdankung des Kaisers für notwendig und will in diesem Sinne auf Wilhelm II. einwirken.

31. Oktober 1918 – Die Thronentsagung kann und darf nur eine freiwillige sein

Berlin * Im Kabinett erklärt Reichskanzler Max von Baden, er wird den Kaiser über die Frage der Abdankung fortwährend in geeigneter Form aufklären, muss sich aber dafür Handlungsfreiheit ausbedingen. Die Thronentsagung kann und darf „nur eine freiwillige sein“.

31. Oktober 1918 – Keiner will dem Kaiser die Abdankungs-Nachricht überbringen

Berlin * Statt endlich den Pflichten seines Amtes als Reichskanzler nachzukommen und den Kaiser über den Ernst der Lage genau und umfassend zu informieren, versucht Prinz Max von Baden diese Aufgabe zu delegieren. Er selbst will es dem Kaiser keinesfalls sagen, da er sich als badischer Thronfolger und deutscher Fürst nicht dazu berufen fühlt. Viel lieber möchte der Reichskanzler dazu Großherzog Ernst Ludwig von Hessen gemeinsam mit Hugo Graf von Lerchenfeld, der mit einem Mandat des bayerischen Königs Ludwig III. ausgestattet werden soll,



in das OHL-Hauptquartier nach Spa zu Kaiser Wilhelm II. schicken. Doch sowohl der Großherzog als auch der bayerische Gesandte am Kaiserhof erteilen dem Reichskanzler eine Abfuhr. Bei Großherzog Ernst Ludwig sind es nicht überlieferte persönliche Gründe. Graf Lerchenfeld wird dagegen vom Ministerpräsident Otto von Dandl zurückgepfiffen, weil „Rücksichten auf monarchische Empfindungen“ gegen diese Aktion sprechen und es im Falle einer Ablehnung des königlichen Rates zu „bedenklichen Folgen“ für die künftigen Beziehungen der beiden Länder kommen könnte. Im Übrigen ist aus bayerischer Sicht allein der Reichskanzler zu dieser Aufgabe berufen und sogar verpflichtet, „die Initiative zu ergreifen“. Reichskanzler Max von Baden nimmt daraufhin den preußischen Innenminister Bill Drews in die Pflicht als Beamter und schickt ihn als Vorbote nach Spa. Auch Prinz August Wilhelm von Preußen und Prinz Friedrich Karl von Hessen-Kassel lassen den Reichskanzler im Regen stehen, sodass das ganze Unternehmen kläglich scheitern wird.

1. November 1918 – Der Kaiser kanzelt Innenminister Bill Drews ab

Spa * Zwischen 14 und 16 Uhr findet das Gespräch zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem preußischen Innenminister Bill Drews statt. Reichskanzler Max von Baden hat den Innenminister zu diesem Gespräch verpflichtet. Die zur weiteren Unterstützung avisierten Hochadeligen haben alle ihre Teilnahme abgesagt. Aus einer Niederschrift vom 3. November geht hervor, dass der Kaiser den „preußischen Beamten und Untertan“ ziemlich abgekanzelt hat. „Wie denken Sie sich die Sache, was wird? Meine Söhne haben mir in die Hand versprochen, dass keiner von ihnen meine Stelle annimmt. Also mit mir tritt das ganze Haus Hohenzollern zurück.“

1. November 1918 – Der Reichskanzler ist auf allen Gebieten politisch gescheitert

Spa - Berlin * Die nächste Gardinenpredigt erteilt Kaiser Wilhelm II. dem Reichskanzler Max von Baden per Telefon. Das Gespräch nimmt den badischen Prinzen so mit, „dass er in einen Zustand krankhafter Erregung geriet“. Der Reichskanzler ist auf allen Gebieten politisch gescheitert.

3. November 1918 – Wilhelm II. denkt nicht an Abdanken

Spa * In einer Niederschrift über das von Reichskanzler Max von Baden beauftragte Abdankungs-Ansinnen an Kaiser Wilhelm II. versichert dieser, dass er auf seinem Posten bleiben will. „Ich denke gar nicht daran abzudanken. Der König von Preußen darf Deutschland nicht



untreu werden und in dieser Stunde am allerwenigsten; ich habe auch meinen Eid geschworen und den werd' ich halten. Ich denke gar nicht daran, den Thron zu verlassen wegen der paar Hundert Juden und der tausend Arbeiter.“

4. November 1918 – Deutschland will ein Volksstaat werden

Berlin * Die deutsche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden betont ihren Entschluss, Deutschland in einen Volksstaat umzuwandeln und kündigt den Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg an.

5. November 1918 – Noske will die Revolution im Keime ersticken

Kiel - Berlin * Den Mann, den die aufständischen Matrosen am Tag zuvor noch als ihren Richtigen erkannt und sogar zu ihrem Gouverneur ernannt haben, der MSPD-Abgeordnete Gustav Noske, telefoniert an diesem Abend nach Berlin und erklärt, dass er „nur eine Hoffnung hat: Die freiwillige Rückkehr zur Ordnung unter sozialdemokratischer Führung; dann wird die Rebellion in sich zusammen sinken“. Reichskanzler Max von Baden setzt noch am selben Tag den Beschluss durch: „Freie Hand für Noske bei dem Versuch, den lokalen Ausbruch zu ersticken.“

7. November 1918 – SPD-Forderungen an Reichskanzler Max von Baden

Berlin * Die SPD-Reichstagsfraktion und der SPD-Vorstand stellen eine Reihe von Forderungen an den Reichskanzler Max von Baden. Die Wichtigste beinhaltet den Rücktritt des Deutschen Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen bis zum Mittag des nächsten Tages. Bei Nichterfüllung der Forderungen will die SPD aus der Regierung austreten.

7. November 1918 – Abdankung oder Revolution

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bittet Friedrich Ebert zu einem Vieraugengespräch in die Reichskanzlei. Max von Baden will Kaiser Wilhelm II. im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL in Spa zum Thronverzicht auffordern. Er will von Ebert wissen: „Habe ich Sie dann auf meiner Seite im Kampf gegen die soziale Revolution?“. Ebert antwortet ganz unzweideutig: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich



aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“ Die Reise findet nicht mehr statt. Die Revolution ist schneller.

7. November 1918 – Wenn Versammlungsverbot - dann Revolution

Berlin * Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei - USPD hat für den Abend 26 Versammlungen angesetzt. Die Regierung will diese verbieten. Friedrich Ebert und die SPD sind davon überzeugt, dass ein Versammlungsverbot umgehend die Revolution auslösen würde. Deshalb fordert Ebert vom Reichskanzler Prinz Max von Baden: „Heute abend müssen wir das Ultimatum von jeder Tribüne verkünden, sonst läuft uns die ganze Gesellschaft zu den Unabhängigen. Der Kaiser muss sofort abdanken, sonst haben wir die Revolution.“

9. November 1918 – Der fingierte Thronverzicht

Berlin * Während in den meisten großen deutschen Städten rote Fahnen über den Regierungsgebäuden und Residenzen wehen, beginnen in Berlin die Auseinandersetzungen erst. Die Lage spitzt sich dramatisch zu, als die Revolutionären Obleute für diesen Tag große Demonstrationen angekündigt haben. Die Bewegung droht der Regierung und den Mehrheitssozialdemokraten endgültig zu entgleiten. Reichskanzler Max von Baden befürchtet, dass die Demonstranten siegen und ihrerseits die Absetzung des Kaisers ausrufen könnten. Deshalb veröffentlicht er mittags um 12 Uhr völlig eigenmächtig eine Erklärung, in der darstellt, dass sich der Kaiser des Deutschen Reichs und zugleich König von Preußen entschlossen hat, dem Thron zu entsagen. Gleichzeitig überträgt der Prinz von Baden an den sozialdemokratischen Parteiführer Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers, um die Staatsführung vor dem revolutionären Zugriff zu bewahren.

9. November 1918 – Der Kaiser ist über den Verrat empört

Spa * Als Kaiser Wilhelm II. im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung von den Vorgängen in Berlin erfährt, ist er empört über den „Verrat“ des Prinzen Max von Baden. Auf den dringenden Rat des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg sucht der Kaiser um politisches Asyl in den Niederlanden nach.



17. Februar 1919 – Die bayerische Revolution nahm mir die letzte Hoffnung

Karlsruhe * Der ehemalige Reichskanzler Max von Baden schreibt an den Ex-Kronprinzen Rupprecht von Bayern folgende Zeilen: „Dein schönes Bayern, das ich so liebe, war mir eine furchtbare Enttäuschung. Nie hätte ich es für möglich gehalten, dass es seine Wittelsbacher verjagen würde. Die bayerische Revolution nahm mir die letzte Hoffnung, die Monarchie wenigstens südlich des Mains zu retten.“
